

# KEINE ROT-PINKE-ZWEITWOHNSITZABGABE AUF KOSTEN DER STUDIERENDEN

**Antrag an die Universitätsvertretung der Universität Wien, Sitzung am 26. Jänner 2024**

Die sogenannte Fortschrittskoalition der Stadt Wien, bestehend aus SPÖ und NEOS, hat Ende 2023 ein Gesetz in Begutachtung gegeben, das für all jene, die keinen Hauptwohnsitz in der Bundeshauptstadt gemeldet haben, eine jährliche Abgabe von bis zu 550 Euro vorsieht. Besonders betroffen von dieser Maßnahme sind einmal mehr Studierende, denn die Verlegung des Wohnsitzes bringt nicht nur bürokratischen Mehraufwand mit sich, nein, häufig verliert der\_die Studierende auch das Anrecht auf so manche Beihilfen und Förderungen. Tritt der vorliegende Gesetzesentwurf in Kraft, würde die Stadt Wien also ungeniert Förderungen unzähliger Studierender abcashen.

Ziel dieser Abgabe ist es im Übrigen keineswegs, Leerstand zu minimieren und Zweitwohnsitz-Besitzer\_innen dazu zu bewegen diese ungenutzten Wohnräume abzustößen, wie auch Finanzstadtrat Hanke in einem Interview festhielt. Ziel dieses Gesetzes sei tatsächlich, laut Hanke, aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation neue Einnahmen für das Stadtbudget zu schaffen.

Die Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes muss also klar negiert und festgehalten werden, dass keinerlei Abgaben für leerstehende Wohnungen vorgesehen sind, bzw. keine der Maßnahmen die Besitzer\_innen mehrerer Wohnungen angemessen treffen und sogar Abschläge der Zweitwohnsitzabgabe für unbewohnbare Zweitwohnsitze (ohne Strom und Wasserversorgung) im Gesetzestext vorgesehen sind, die wiederum spekulationsgetriebene Besitzer\_innen von leerstehenden Wohnungen, sogar eindeutig entlasten. Die Immobilie als Wertanlage ist konsequent abzulehnen und wird von dem vorliegenden Gesetz nicht angetastet.

Dass Studierende, die ohnehin mit prekären Lebensrealitäten konfrontiert sind, von der Stadtregierung für den Zweck von simplen Mehreinnahmen zur Kasse beteten werden sollen, ist unaushaltbar.

## DIE UNIVERSITÄTSVERTRETUNG DER UNIVERSITÄT WIEN MÖGE DAHER BESCHLIEßEN

- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien tritt öffentlichkeitswirksam gegen die Zweitwohnsitzabgabe in der von der Stadt Wien vorgelegten Form und besonders gegen die fehlenden Ausnahmen von Studierenden auf.
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich gegenüber der Wiener Stadtregierung dafür ein, dass Ausnahmen für Studierende in das Gesetz mit aufgenommen werden und betont die prekäre Lage der Studierenden.